

Kleine Anfrage 861

der Abgeordneten Dennis Hohloch (AfD-Fraktion) und Norbert Rescher (AfD-Fraktion)

an die Landesregierung

Darstellung der AfD in der schulischen Wanderausstellung „Baseballschlägerjahre in Schwedt/Oder“ (Gesamtschule Talsand)

An der Gesamtschule Talsand in Schwedt/Oder wurde im Rahmen eines historisch-politischen Bildungsprojekts (Schuljahr 2023/24, in Kooperation mit dem Stadtmuseum Schwedt) eine Wanderausstellung zum Themenkomplex rechte Gewalt in den 1990er-Jahren erarbeitet. Die Ausstellung wurde am 3. Juli 2024 im Rathaus Schwedt eröffnet und war dort bis zum 17. August 2024 zu sehen; weitere Stationen folgten und diese hängt bis heute in Auszügen in der Talsand-Schule in Schwedt.

Nach öffentlich zugänglichen Dokumentationen wurde die Ausstellung zudem auf Landesebene präsentiert, u. a. im Landtag Brandenburg im Bereich der SPD-Fraktion (Aufbau/Eröffnung im Fraktionsflur; dokumentiert über Social-Media-Beiträge).

In der Ausstellung wird – nach hiesiger Wahrnehmung – auf mindestens einem Plakat unter der Überschrift „Sind wir blind? – Vergleich der aktuellen Situation mit den Neunzigern“ eine Verknüpfung aus

- NS-Symbolik (u.a. Hakenkreuzabbildung),
- dem Bezug auf die „Baseballschlägerjahre“ und
- aktuellen politischen Bezügen, darunter AfD-Element (u. a. ein Aufklebermotiv „Katzen ja, AfD nein“),

vorgenommen. Zusätzlich wird ein grafisch hervorgehobenes Zitat – „Die AfD spaltet langsam aber sicher die Gesellschaft“ – mit der Quellenangabe „S. K.“ verwendet, ohne dass Name, Funktion, Kontext, Ort/Datum oder Medium erkennbar werden.

Schulische politische Bildung hat den Auftrag, sich klar und kritisch mit Extremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinanderzusetzen. Zugleich gelten Anforderungen an die Neutralität staatlichen Handelns, an die Transparenz der Quellen sowie an das Kontroversitätsgebot (insbesondere bei Bewertungen demokratisch zugelassener Parteien und politischer Akteure).

Die konkrete Plakatkomposition im Rahmen „Vergleich der aktuellen Situation mit den Neunzigern“ kann – je nach Ausgestaltung – den Eindruck nahelegen, es werde eine Traditionslinie von Nationalsozialismus über rechte Gewalt der 1990er-Jahre bis zu einer heutigen Partei suggestiv hergestellt, ohne dass die fachliche Grundlage und die didaktische Einordnung für Betrachter (insbesondere Schülerinnen und Schüler) unmittelbar nachvollziehbar gemacht werden.

Hinzu kommt: Wenn die Ausstellung in Räumen bzw. Bereichen des Landtags (Fraktionsflure) präsentiert wird, stellt sich ein zusätzlicher Anspruch an Sorgfalt, Quellentransparenz und Nachvollziehbarkeit – auch im Hinblick auf die Finanzierung, die redaktionelle Verantwortung und die etwaige politische Rahmung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wer ist formell für Konzeption, Auswahl der Inhalte, Text-/Bildredaktion und Endfreigabe der Ausstellung verantwortlich (Schule, Lehrkräfte, Seminarkurs, Stadtmuseum, externe Partner)?
2. Welche Rollen hatten dabei konkret
 - die Gesamtschule Talsand,
 - das Stadtmuseum Schwedt,
 - ggf. externe Träger/Initiativen/Referenten
 - sowie ggf. Beteiligte auf Landesebene im Zusammenhang mit der Präsentation im Landtag?
3. Existiert ein didaktisches Begleitkonzept (Lehrerhandreichung, Leitfragen, Arbeitsblätter, Quellenliste, Methodenteil)?
Wenn ja: Ist dieses öffentlich einsehbar bzw. den Besuchern zugänglich?
Wenn nein: Warum nicht?
4. Aus welchen Finanzierungsquellen (Land/Kommunen/Bund/Programme/Drittmittel/Sponsoring/Sachleistungen) wurde das Projekt (inkl. Ausstellungserstellung, Druck, Layout, Technik, Reisekosten, Präsentationen) finanziert?
Bitte nach Positionen aufschlüsseln (soweit datenschutz-/haushaltsrechtlich möglich).
5. Welche Förderprogramme (z. B. im Kontext „Demokratie leben!“ bzw. regionaler Aktionspläne/Partnerschaften) wurden in Anspruch genommen und welche Auflagen (inhaltlich/didaktisch/berichtspflichtig) sind damit verbunden?
6. Wurde die Erstellung/das Design (Layout, Druck, Medienproduktion) extern vergeben?
Wenn ja: An wen (Auftragnehmer) und nach welchen Vergabekriterien?
7. Welche rechtlichen und pädagogischen Leitlinien (u. a. Neutralitätsgebot, Kontroversitätsgebot/Beutelsbacher Konsens, schulrechtliche Vorgaben Brandenburg) wurden der Ausstellung zugrunde gelegt – insbesondere bei parteibezogenen Aussagen?
8. Welche fachlichen/didaktischen Kriterien lagen der Gestaltung des Plakats „Sind wir blind? – Vergleich der aktuellen Situation mit den Neunzigern“ zugrunde, insbesondere bei der gemeinsamen Rahmung von NS-Symbolik, „Baseballschlägerjahren“ und AfD-Bezug?
9. Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass durch Überschrift und Anordnung eine Traditionslinie (NS → rechte Gewalt der 1990er → AfD) nahegelegt werden kann?
Wenn ja: Wie wird dies didaktisch begründet und eingeordnet?
Wenn nein: Warum nicht und wie wird Missverständnissen entgegengewirkt?

10. Auf welche fachwissenschaftlichen Erkenntnisse, Studien oder belastbaren Fakten stützt sich eine in der Ausstellung möglicherweise nahegelegte Nähe/Zuschreibung der AfD im Kontext der genannten historischen Phänomene?
11. Wie wird in der Ausstellung bzw. im Unterricht gewährleistet, dass zwischen
 - historischen Tatsachen (NS, Gewalt der 1990er),
 - aktuellen extremistischen Strukturen/Netzwerken und
 - parteipolitischen Bewertungensauber unterschieden wird (Begrifflichkeiten, Quellen, Kontextualisierung, Alternativpositionen)?
12. Wer ist die mit „S. K.“ gekennzeichnete Person (vollständiger Name, Funktion, institutionelle Zugehörigkeit)?
13. Aus welchem Kontext stammt das Zitat (Ort, Datum, Anlass, Medium) und warum wurden diese Angaben auf dem Plakat nicht ausgewiesen?
14. Welche Qualifikation/Expertise lag zugrunde, die Person bzw. das Zitat als für schulische politische Bildung besonders geeignet auszuwählen?
15. Welche allgemeinen Standards gelten an Schulen im Land Brandenburg für die Auswahl und Kennzeichnung von Zitaten, wenn diese wertende Aussagen über Parteien oder politische Akteure enthalten (Quellenart, Nachprüfbarkeit, Kontext, Gegenpositionen)?
16. Wer hat die Präsentation der Ausstellung im Landtag (insb. im Bereich einer Fraktion) organisatorisch ermöglicht und wer trägt dort die Verantwortung für Rahmen, Einführung und Kommunikation gegenüber Besuchern?
17. Welche Maßnahmen wurden getroffen, um klarzustellen, dass es sich um ein schulisches Projekt handelt und nicht um eine institutionelle Bewertung durch Landtag/Landesregierung/Fraktionen – insbesondere bei parteibezogenen Inhalten?